

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	18
Naturschutz & Biodiversität	16
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	26

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Rezensionen	31
Internet	33
Neu erschienen	34
Impressum	34
Termine	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	36
GPS und Geocaching	
Schwerpunkt: Wirtschaft	

THEMEN DES MONATS

Klimaschutz

Die Böcke möchten Gärtner bleiben

Die industrielle Tierhaltung ist keine Lösung des Klimaproblems, sondern einer seiner Verursacher

Seite 2

Desertifikation

Europa wüst und leer?

Intensive Nutzungsformen zerstören die Selbstheilungskräfte sensibler Ökosysteme

Seite 4

Produktpolitik

Die Computerpest

Der Boom der Informationstechnologien hat schwerwiegende Folgen für die Entwicklungsländer

Seite 6

Emissionen

„Keine Endlosausnahmen!“

Die EU-Industrieemissionsrichtlinie könnte die Balance von Ökologie, Ökonomie und Sozialem schaffen

Seite 10

Desertifikation

Europa wüst und leer?

Intensive Nutzungsformen zerstören die Selbstheilungskräfte sensibler Ökosysteme

Einschneidende Eingriffe in die Ökosysteme europäischer Trockengebiete können das ökologische Potenzial ehemals fruchtbarer Landstriche zerstören. Zwölf Prozent der Flächen in Europa sind bereits bedroht – das ist auch ein ökonomisches Problem. Nun ist die Politik gefragt. ■ VON JÜRGEN VOGT, JRC, UND MARIAM AKHTAR-SCHUSTER, DESERTNET

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, dass der Begriff Desertifikation die Ausbreitung von Wüsten beschreibt und damit die räumliche Nähe einer Wüste voraussetzt. Der Begriff umschreibt vielmehr die Degradation, das heißt die fortschreitende und nachhaltige Zerstörung des ökologischen Potenzials ehemals produktiver Landstriche, speziell in ariden, semi-ariden und trocken sub-humiden Regionen. Diese meist schleichende Landverödung über lange Zeiträume führt zur Einschränkung der Grundfunktionen eines Ökosystems bis hin zu ihrem irreversiblen Verlust.

Der Begriff Desertifikation wurde in den 1940er-Jahren geprägt und hat durch die Dürrekatastrophen im Sahel in den 1970er-Jahren weltweit wissenschaftliche, politische und öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Nachfolgende politische Initiativen mündeten 1994 in die Verabschiedung der UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD), die seither von 193 Staaten ratifiziert wurde.

Komplexes Ursachengeflecht, hohe Folgekosten

Desertifikation resultiert aus dem vielfältigen Zusammenspiel zwischen menschlichem Handeln und natürlichen Prozessen. Der Begriff leitet sich von „desertus facere“, also Wüstmachen oder Verwüsten, ab und verdeutlicht damit ganz anschaulich mögliche Auswirkungen einer zu intensiven oder unsachgemäßen Landnutzung. Trockengebiete mit ihrem zerbrechlichen ökologischen Gleichgewicht reagieren dabei besonders empfindlich. Der Rückgang der Vegetationsdecke, anhaltende Knappheit und Verschmutzung

von Oberflächen- und Grundwasser, abnehmende Bodenfruchtbarkeit, Versalzung und Verdichtung des Oberbodens oder starke Bodenerosion sind Anzeichen für Nutzungsformen, die das natürliche Regenerationspotenzial der Ökosysteme mittel- bis langfristig übersteigen.

Beschleunigt werden diese Prozesse oftmals durch anhaltende Trockenperioden und Dürren. Im Zuge des Klimawandels ist daher auch in Europa mehr Desertifikation

Klimazonen

Arides Klima (lateinisch aridus = trocken): Die potenzielle Verdunstung (V) pro Jahr übersteigt den Niederschlag (N) einer Region (jährliches Verhältnis V/N: 0,05 bis 0,2).

Semi-arides Klima: Der Niederschlag ist sechs bis neun Monate pro Jahr geringer als die potenzielle Verdunstung (V/N: 0,2 bis 0,5).

Trocken sub-humides Klima (lateinisch humidus = feucht): Teilweise trockenes Klima. Die potenzielle Verdunstung übersteigt in einigen Monaten des Jahres den Niederschlag (V/N: 0,5 und 0,65).

zu erwarten. Gegenwärtig gehen Experten davon aus, dass etwa zwölf Prozent der Fläche Europas von Desertifikation bedroht sind.

Ursache ist neben der jahrhundertelangen Landnutzung vor allem die heutige intensive und industrialisierte Landwirtschaft. Diese verursacht erhebliche Schäden, zum Beispiel durch die Vernich-

ung ökologisch bedeutsamer Terrassen und Feldraine oder die Bearbeitung großer, offener Areale mit schwerem Gerät. Hinzu kommt in vielen Gebieten mit natürlicher Wasserknappheit eine oftmals intensive Bewässerungswirtschaft, die langfristig verheerende Folgen für den natürlichen Wasserhaushalt hat.

Im industrialisierten Europa hat Desertifikation vor allem ökologische und ökonomische Auswirkungen. Verstärkt durch den Klimawandel, werden diese volkswirtschaftlichen und ökologischen Verluste in Zukunft immer schmerzhafter zu spüren sein. Denn die Absenkung des Grundwasserspiegels, die Verringerung der Bodenfruchtbarkeit sowie zunehmende Bodenerosion und Wasserknappheit können langfristig zu empfindlichen Ertragsrückgängen führen. Aber auch immer mehr Schäden an der Infrastruktur, etwa durch Hangrutschungen und Überflutungen nach Starkregen, sind zu erwarten. Fortschreitende Desertifikation lässt außerdem schnell die natürlichen Selbstheilungskräfte schwinden. Mit zunehmender Degradierung werden daher sehr großräumige und kostenaufwendige Restaurationsmaßnahmen nötig.

Vor allem der Süden und der Osten sind gefährdet

In Europa sind Degradationsprozesse mit unterschiedlichen Schweregraden zu beobachten. Ein klassisches Desertifikationsgebiet ist der Mittelmeerraum. Hier hat die jahrtausendealte Landnutzung zur weiträumigen Vernichtung der ursprünglichen Wälder und zum intensiven Bodenabtrag mit allen bekannten Folgen für Wasserhaushalt und Bodenfruchtbarkeit geführt.

Durch die hohe Bevölkerungsdichte und die intensive Nutzung vor allem in den Küstengebieten ist diese Region weiterhin stark gefährdet. In Spanien beispielsweise listet die Regierung seit mehreren Jahren Desertifikationsrisikogebiete auf. Demnach sind über 40 Prozent des Staatsgebiets durch Erosion, große Bau- und Tourismusprojekte, Intensivlandwirtschaft und die zunehmende Erwärmung bedroht. Die Provinz Murcia ist zu fast 100 Prozent von Desertifikation betroffen. Stark betroffen sind etwa auch Almería und Valencia.

Hinzu kommen weite Bereiche von Ost- und Südosteuropa, die sich durch leichte Böden und ein erhöhtes Dürrierisiko, gepaart mit intensiver Nutzung, auszeichnen. Stärkere und längere Dürren sowie Starkregen sind aber auch außerhalb dieser Regionen eine Gefahr.

Ursachenbekämpfung ist die wichtigste Gegenmaßnahme

Was kann Europa tun? Der grundlegende Ansatz muss in der Ursachenbekämpfung liegen. Hier sind im letzten Jahrzehnt erste Schritte mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie (2000), der EU-Strategie zum Bodenschutz (2006) und der Mitteilung der EU-Kommission zu Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union (2007) gemacht worden. Diese Ansätze müssen konsequent weiterentwickelt und in die Praxis überführt werden, gepaart mit einer Politik für nachhaltige Landwirtschaft und mehr Klimaschutz. Kernpunkte müssen eine an das naturräumliche Potenzial und

das regionale Klima angepasste Landnutzung sowie der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen sein. Auf globaler Ebene bleibt die UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation das wichtigste Werkzeug. Dabei erfordert die Verflechtung zwischen Desertifikation, Klimaveränderung und Biodiversität eine engere Zusammenarbeit bei der Umsetzung der drei entsprechenden UN-Konventionen. Nur abgestimmte und wissenschaftlich untermauerte Maßnahmen können auf regionaler und nationaler Ebene zu bezahlbaren und nachhaltigen Lösungen führen.

Forscher vernetzen sich und warnen, handeln muss die Politik

Seit 2005 hat sich aus einer deutschen Initiative das Netzwerk DesertNet International entwickelt, in dem rund 200 WissenschaftlerInnen aus über 40 Ländern zusammenarbeiten. DesertNet versteht sich als Schnittstelle zwischen Forschung und Politik, unterstützt aber auch den Wissenstransfer innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Das Netzwerk kooperiert mit UN-Einrichtungen sowie mit anderen internationalen und nationalen Initiativen.

Weitere Netzwerke sind im Rahmen der Entwicklung eines neuen Weltatlas und Informationssystems zur Desertifikation und eines europäischen Observatoriums für Dürre im Aufbau. Beide Initiativen werden von der Forschungsgruppe zu Dürre und Desertifikation am Gemeinsamen For-

schungszentrum der EU im italienischen Ispra getragen.

Für Europa ist zu befürchten, dass sich durch zunehmende klimatische Extreme die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Desertifikation, aber auch ihre Intensität in näherer Zukunft verstärken werden. Um Europa vor teuren ökologischen und wirtschaftlichen Folgen zu schützen, muss die Politik jetzt handeln. Hierfür braucht sie wissenschaftlich abgesicherte Diagnoseverfahren sowie praktische Vorsorge- und Wiederherstellungsmaßnahmen. Spätestens seit der ersten wissenschaftlichen Konferenz der UNCCD in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires im Herbst 2009 muss der politischen Ebene die Bedeutung einer fortlaufenden Beobachtung von Desertifikationsprozessen mithilfe fundierter bio-physikalischer und sozio-ökonomischer Indikatoren bewusst sein. Die Wissenschaft hat auf dieser Konferenz einen entscheidenden Schritt auf die Politik zu getan. Nun muss diese reagieren, um wissenschaftlich abgesicherte und langfristig tragfähige Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Geograf Jürgen Vogt leitet eine Arbeitsgruppe zur Dürre- und Desertifikationsforschung am Gemeinsamen Forschungszentrum der Europäischen Kommission in Ispra (Italien). Er arbeitet mit EU- und UN-Einrichtungen zur Umsetzung wissenschaftlicher Methoden in der Politik zusammen.

Kontakt:
Tel. +39 (0)332 / 785481
E-Mail: juergen.vogt@
jrc.ec.europa.eu
http://desert.jrc.
ec.europa.eu



Die Geografin Mariam Akhtar-Schuster ist Co-Sprecherin des neu gegründeten Vereins DesertNet International, des weltweit größten internationalen Wissenschaftsnetzwerks zur Desertifikationsbekämpfung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 / 42816533
E-Mail: makhtar-schuster@
botanik.uni-hamburg.de
www.european-desertnet.eu



Desertifikationslinks

- ▶ UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD): www.unccd.int
- ▶ EU-Kommission, Generaldirektion Umwelt – Multilaterale Umweltvereinbarungen: www.ec.europa.eu/environment/international_issues/agreements_en.htm
- ▶ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) – Desertifikation: www.gtz.de/de/themen/9852.htm
- ▶ DesertNet Deutschland: www.desertnet.de
- ▶ DesertNet International: www.european-desertnet.eu
- ▶ Gemeinsames Forschungszentrum der Europäischen Kommission (JRC) – Desertification, Land Degradation and Drought: <http://desert.jrc.ec.europa.eu>

CO₂-Speicherung

Weltgrößtes Projekt gestoppt

■ Norwegens Regierung hat die Pläne für das weltweit größte Pilotprojekt zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) auf Eis gelegt. Sie begründete den Ausstieg damit, dass die Technik nicht ausgereift sei und sich die Kostenprognosen vervielfacht hätten. Norwegen galt als führend bei der Entwicklung der neuen Technologie. Schon in diesem Jahr sollte die Anlage gleichzeitig mit einem neuen Gaskraftwerk in Mongstad bei Bergen in Betrieb gehen. Stattdessen wird die Anlage nun rund 1,3 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen. Die Umweltorganisation Natur og Ungdom warf der Regierung Versagen vor. Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoß Norwegens um elf Prozent gestiegen.

In Deutschland hatte kürzlich der schwedische Staatskonzern Vattenfall den Startschuss für die Erkundung von Regionen in Brandenburg für eine CCS-Pilotanlage gegeben. Regionale PolitikerInnen und Bürgerinitiativen protestieren. Sie verlangen zumindest die vorherige Verabschiedung eines CCS-Gesetzes, das den Ländern die Entscheidung über die Errichtung von CCS-Anlagen überlässt. In der letzten Legislaturperiode war das CCS-Gesetz kurz vor der Bundestagswahl gescheitert, da sich die große Koalition nicht einigen konnte.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger gibt CCS in Deutschland wegen des fehlenden Rückhalts aus der Bevölkerung kaum Chancen. Dies sagte er auf einer Veranstaltung Mitte April in Berlin. [mv]

Internationaler Klimaschutz

USA debattieren Klimagesetz

■ Der führende Emittent von Treibhausgasen, die USA, könnte demnächst ein eigenes Klimaschutzgesetz haben. Die Senatoren John Kerry (Demokraten) und Joe Lieberman (unabhängig) brachten einen knapp 1.000-seitigen Entwurf für ein Gesetz ein, durch das die Emissionen

Das Signal von Cochabamba

Der alternative Klimagipfel in Bolivien war nicht nur wegen der unerwartet großen Teilnehmerzahl ein Erfolg. Das dort verabschiedete Dokument zeugt auch vom neuen Selbstbewusstsein sozialer Bewegungen, sagt Gerhard Dilger.

Der Verlauf und die Ergebnisse der „Weltkonferenz der Völker über Klimawandel und Rechte der Mutter Erde“, zu der Boliviens Präsident Evo Morales Ende April geladen hatte, können sich sehen lassen. Das in Cochabamba verabschiedete „Abkommen der Völker“ ist bereits in die UN-Klimadebatte eingespeist. Die zehnteilige Erklärung steht in erfrischendem Kontrast zu dem nichtssagenden „Copenhagen Accord“, der auf Druck aus den Industrieländern von immer mehr Regierungen des Südens unterzeichnet wird. Sie benennt Ursachen der Klimakrise und enthält konkrete Vorschläge.

So wird das Agrobusiness als einer der Hauptversacher des Klimawandels bezeichnet. Emissionshandel, Gentechnik, Geoengineering oder Monokulturen seien falsche Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel. Durch große Infrastruktur- und Bergbauprojekte seien indigene und bäuerliche Gemeinschaften in ihrer Existenz bedroht.

Die UN, so das Papier, sollten eine Erklärung für die Rechte der Natur, der „Mutter Erde“, verabschieden – in diesem Punkt ist die Verfassung Ecuadors wegweisend. An die Industrieländer ergeht die Forderung, ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 zu halbieren und sechs Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in einen Weltklimafonds einzuzahlen. Ein weltweites Referendum soll dafür werben, die Verteidigungsausgaben für den Klimaschutz umzuwidmen. Unternehmen und Regierungen sollen vor einem Weltklimagerichtshof verklagt werden können.

Zugleich weist das „Abkommen der Völker“ weit hinaus über den „neuen Extraktivismus“ der fortschrittlichen Regierungen Südamerikas – also die forcierte, nur selten nachhaltige Gewinnung mineralischer und agrarischer Rohstoffe für den Weltmarkt. Er sehe keinen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sagte Indigenasprecher Malon Santi aus Ecuador, die Hoffnung für die Welt liege in der indigenen Kosmovision. Buen vivir, gutes Leben, heißt das in Cochabamba viel zitierte Konzept aus den Anden, das sich bestens zum globalen postkapitalistischen Paradigma eignet.

An der starken indigenen Präsenz scheiterten auch die Versuche der Gastgeber, das Treffen mit seinen 35.000 TeilnehmerInnen zu instrumentalisieren – ebenso wie ihr Versuch, Kritiker von Megaprojekten in Bolivien auszugenzen: Die inoffizielle Arbeitsgruppe 18 musste außerhalb tagen, viele ihrer Forderungen stehen dennoch im Schlussdokument.

Cochabamba war also auch eine demokratische Übung, wie sie bei UN-Klimakonferenzen undenkbar ist. Gewiss, noch oft genug wurde aneinander vorbeigeredet. Auch kontroverse Großdebatten in der Öffentlichkeit gab es nicht. Aber das zähe Ringen zwischen Basisaktivisten und regierungsnahen Funktionären um jede Formulierung in einigen Arbeitsgruppen ist schon ein enormer Fortschritt gegenüber den globalen und regionalen Sozialforen. Eine ökosoziale Agenda nimmt Formen an.

Die sozialen Bewegungen sind heute selbstbewusst genug, um dabei Teilbündnisse mit den linken Regierungen Lateinamerikas einzugehen. Schließlich hatten Bolivien, Venezuela und Kuba in Kopenhagen den „Zwergenaufstand“ des Südens (Spiegel) gegen den unter Federführung der USA und Chinas ausgemuschelten „Accord“ angeführt.

Ergebnisse auf dem nächsten UN-Klimagipfel im Dezember in Mexiko wird es aber nur geben, wenn der Druck von unten auf möglichst viele Regierungen wächst. Nötig ist eine permanente, weltweite Klimagerechtigkeitskampagne. Die zahlreichen AktivistInnen aus Nordamerika, die nach Bolivien gekommen waren, arbeiten schon daran. Auch für Europäer bietet Cochabamba genügend Anknüpfungspunkte, auch dort müssten Nord-Süd- und Umweltbewegte noch enger zusammenarbeiten.

Gerhard Dilger ist Südamerikakorrespondent der Tageszeitung Taz und anderer Medien. Er lebt in Porto Alegre im Süden Brasiliens.

**Kontakt: E-Mail: gerdilger@uol.com.br,
<http://gerdilger.sites.uol.com.br>
www.pwccc.wordpress.com**

DNR INTERN

Leitbilddebatte/60 Jahre DNR

Keine Zukunft für bisheriges Wirtschaftswachstum

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat anlässlich seines 60-jährigen Bestehens Anfang Mai weitreichende Forderungen an Politik und Gesellschaft gerichtet. Der DNR, mit 5,5 Millionen Einzelmitgliedern viertgrößter Dachverband in Deutschland, verlangt angesichts der Wirtschafts- und Umweltkrise „radikale Änderungen beim Wirtschaftswachstum, der Nachhaltigkeit und beim Naturverständnis“.

Ein neues Naturverständnis sei überfällig, sagte der Erste Vizepräsident des Verbandes, Hartmut Vogtmann, bei einem Arbeitskreistreffen in Berlin. Zum einen sei die Natur die physische Lebensgrundlage der Menschen. Maßstäbe für den Naturschutz seien die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und die Beachtung von Belastbarkeitsgrenzen. Vogtmann: „Wir müssen moderne Landnutzungsformen entwickeln und schädliche Subventionen beseitigen.“ Zum anderen sei Natur aber auch Voraussetzung für ein sinnerfülltes Leben. „Zu unterscheiden ist zwischen historischen Kulturlandschaften als Ort menschlicher Identifikation, belegt mit Begriffen wie Heimat und Harmonie, sowie Wildnis als unberührter Natur“, so der DNR-Vizepräsident. „Auch für diesen Naturbegriff müssen Qualitätsziele gefunden und dabei auch der Eigenwert der Natur beachtet werden.“

DNR-Präsident Hubert Weinzierl forderte, angesichts des Umbruchs den Naturschutz zum Nachhaltigkeitsdenken fortzuentwickeln. „Das bedeutet, dass wir in alle Zukunftsentscheidungen die jetzt lebende und die kommende Menschheit sowie die Schöpfung einbeziehen müssen.“ Um den Missbrauch des Nachhaltigkeitsbegriffs einzudämmen, sei das Konzept der Nachhaltigkeit auf ökologischer, ökonomischer und sozialer Seite neu zu ordnen, forderte Weinzierl. „Nachhaltigkeit darf

nicht beliebig sein und braucht deswegen einen starken Bürgen. Er soll gewährleisten, dass nachhaltig ist, wo Nachhaltigkeit draufsteht“, so der DNR-Präsident.

„Wir erleben gerade einen Epochenwechsel“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die Politik sei überfordert und getrieben von Ratingagenturen und Finanzinstituten. „Wir brauchen ein neues Modell für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft“, so Röscheisen, der Mitglied des DNR-Arbeitskreises Wachstum ist. „Das alte Wachstumsmodell ist am Ende.“ DNR-Präsidiumsmitglied Michael Müller, der den Arbeitskreis leitet, erklärte, die heutige Art des Wachstums sei auch ökonomisch immer weniger machbar und könne die sozialen Ziele nicht mehr erreichen. „Zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ist ein Wohlfahrtsindex dringend erforderlich“, sagte Müller. Zentral seien dabei Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung, die Zeitznutzung, die Lebensfähigkeit der Gemeinschaft, kulturelle und biologische Vielfalt, Bildung, materieller Lebensstandard, gutes Regierungshandeln und demokratisches Engagement.

Der DNR beging das 60. Jubiläum mit einer mehrtägigen Festveranstaltung in Ludwigsthal im Nationalpark Bayerischer Wald, bei der unter anderem der bayerische Umweltminister Markus Söder sprach. Bundesumweltminister Norbert Röttgen würdigte in einem Grußwort per Videobotschaft die Arbeit der Naturschutzverbände: „Verbände sind oft die Ersten, die Probleme aufgreifen. Sie nehmen dadurch eine Vorreiterrolle in der Gesellschaft ein. Gleichzeitig tragen sie in Millionen ehrenamtlicher Stunden auf vielfältige Weise die Idee der Nachhaltigkeit in die Bevölkerung.“ Auch Staatsminister Söder sowie der Präsident des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth lobten die Umweltverbände. Nahezu alle Errungenschaften des Naturschutzes seien in Deutschland auf ihren Druck zurückzuführen, sagte Flasbarth. Die DNR-Verbände seien „Motor der Umweltpolitik“. [mb]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Energieeffizienz

Kampagne für Haushalte und Unternehmen geht weiter

■ Die vom Deutschen Naturschutzring (DNR) koordinierte Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“ für Haushalte und Unternehmen“ fördert die intelligente Nutzung von Energie. Mit Informationen zu energieeffizienten Produkten, der Beteiligung an politischen Ereignissen zu Energie- und Klimathemen, der Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Regelungen bei verschiedenen Warengruppen und der Einsetzung von Energieeffizienzmanagern in kleinen und mittleren Unternehmen setzt sie sich für CO₂-Reduzierung ein. Partner sind dabei das Öko-Institut, der BUND, die Deutsche Umwelthilfe und der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltgerechtes Management (B.A.U.M. e. V.). Gefördert wird die Kampagne von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Über die Kampagnenwebseite gelangt man zu den entsprechenden Partnerseiten, die unter anderem Hilfe bei Kaufentscheidungen für Fernsehgeräte oder Ökostrom anbieten. [kg]

► DNR-Kampagne „energieeffizienz – jetzt“, Klemens Gieles, Tel. +49 (0)6021 / 44994911, www.energieeffizienz-jetzt.de

Stiftungen

Mehr Umweltstiftungen

■ Der Trend zum Umweltschutz nimmt bei deutschen Stiftungen immer mehr zu. Laut einem Bericht der FAZ vom 7. Mai setzen sich sieben Prozent der Neugründungen für die Umwelt ein, während es bei den bestehenden Stiftungen vier Prozent sind. Den größten Anteil mit einem Drittel nimmt der soziale Bereich ein. 914 Stiftungen wurden letztes Jahr gegründet. [cd]

► www.stiftungen.org

Zivilgesellschaft

Transparenzoffensive

■ Nicht nur das Handeln von Firmen, Regierungen und Behörden soll für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein, auch Nichtregierungsorganisationen sollen Transparenzstandards einhalten. Auf Initiative von Transparency Deutschland e. V. haben VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft im Mai eine Liste mit zehn grundlegenden Informationen vorgelegt, die jede gemeinnützige Organisation der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Die Initiative regt zur Abgabe von Selbstverpflichtungen an, mit denen offengelegt werden soll, was die Organisation tut, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungen trifft. Mit einer solchen Transparenzoffensive kann nach Ansicht der Organisatoren der gemeinnützige Sektor seine Glaubwürdigkeit erhöhen und seine Bedeutung stärken. Im Juni will sich die Initiative gemeinsam mit allen Organisationen, die sich ihr bis dahin angeschlossen haben, der Öffentlichkeit vorstellen. Neben Transparency gehören zum Trägerkreis auch der Deutsche Spendenrat, der Bundesverband Deutscher Stiftungen und der entwicklungspolitische Dachverband Venro. [mb]

- Initiative Transparente Zivilgesellschaft, Berlin, Fax +49 (0)30 / 54989822, E-Mail: itz@transparency.de, www.transparente-zivilgesellschaft.de

Umweltliteratur

Schenkung an UBA-Bibliothek

■ Der Umweltperte Edmund A. Spindler aus Hamm hat seine Sammlung von Primärliteratur zum Umweltmanagement Ende April dem Umweltbundesamt (UBA) geschenkt. Rund 2.000 Umwelterklärungen und -berichte deutscher Unternehmen sowie weitere Publikationen sind damit künftig in Deutschlands größter Fachbibliothek in Dessau öffentlich einsehbar. Die meisten Materialien stammen aus der An-

fangszeit des EU-Umweltmanagementsystems EMAS. Spindler hatte sie seit Anfang der 1990er-Jahre privat dokumentiert. Als Mitglied im Umweltgutachterausschuss beim Bundesumweltministerium war er von Beginn an bei der Entwicklung des betrieblichen Umweltmanagements beteiligt. Als spezielle Anwendung von EMAS entwickelte er das Agrar-Öko-Audit. Die Schenkung soll Teil einer Dokumentation von Umweltaktivitäten deutscher Unternehmen werden, die das UBA in Dessau archivieren, öffentlich zugänglich machen und für Forschungszwecke aufbereiten will. [mb]

- Edmund A. Spindler, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 405550, E-Mail: edmund-a.spindler@gmx.de, www.vnu-ev.de

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement

Engagementwoche 2010

■ Auf Initiative des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) findet vom 17. bis 26. September die sechste bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Mit der Aktionswoche will das BBE „ein Zeichen für die Wertschätzung der großen gesellschaftlichen Leistungen der 23 Millionen Freiwilligen in Deutschland“ setzen. Im vergangenen Jahr beteiligten sich mehr als 1.100 Initiativen, Einrichtungen und Vereine. Damit auch die diesjährige Woche ein Erfolg wird, bittet der BBE alle Vereine, Initiativen und kommunalen Einrichtungen, die Aktionswoche durch Veröffentlichungen und im Internet anzukündigen. Die Aktionswoche ist auch für Naturschutzverbände eine Gelegenheit, ihr vielfältiges und häufig zu wenig beachtetes Engagement direkt und über die Medien sichtbar zu machen. [mb]

- BBE-Kampagnenteam, Ute Wiepel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980-122, E-Mail: ute.wiepel@b-b-e.de, www.engagement-macht-stark.de

Schutzgebetsbetreuer

Ausbildung für Freiwillige

■ Der NABU führt zurzeit ein Projekt zur Gewinnung und Qualifizierung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer für die Betreuung von Schutzgebieten durch. Am Beispiel von zwölf Projektgebieten, die im Eigentum des Verbandes sind, wird die Verknüpfung von Freiwilligenmanagement und Erwachsenenbildung mit den naturschutzfachlichen Anforderungen des Schutzgebetsmanagements erprobt. [mb]

- NABU, Ralf Schulte, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1131, Fax -3131, E-Mail: ralf.schulte@nabu.de, www.kurzlink.de/gebetsbetreuer

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Goldman-Umweltpreis

Ehrung für Graswurzelaktive

■ In San Francisco ist im April der renommierte Goldman-Umweltpreis verliehen worden. Geehrt wurden sechs Aktivistinnen, die erfolgreich zum Schutz der Natur in ihrem Land beitrugen. Sie erhielten je 150.000 Dollar Preisgeld für ihre Projekte. Zu ihnen gehört der kubanische Agrarforscher Humberto Ríos Labrada. Er unterstützt Kleinbauern, die mit Saatgutvielfalt und einfachen Mitteln die Monokulturwirtschaft überwinden. Labrada gründete Agrobiodiversitätsschulen und baute heimische Saatgutfirmen auf. Weitere Preise erhielten Thuli Makama, die in Swasiland ein Mitspracherecht für Umweltorganisationen erreichte, und Małgorzata Górka aus Polen, die die Autobahn durch das Rospuda-Tal verhinderte. Randal Arauz verbesserte den Haischutz in Costa Rica, Lynn Henning aus den USA erzwang die Einhaltung der Naturschutzgesetze bei Masttierbetrieben und Tuy Sereivathana entschärfte den Konflikt zwischen Menschen und Elefanten in Kambodscha. [cd]

- www.goldmanprize.org

philosophische und ethische Perspektiven

► Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. +49 (0)5671 / 8811-22, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, www.akademie-hofgeismar.de

12.06., bundesweit (D)

GEO-Tag der Artenvielfalt 2010

► GEO, Tom Müller, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, Fax -1727, E-Mail: mueller.tom@geo.de, www.geo-artenvielfalt.de

15.–16.06., Nürnberg (D)

SusCon 2010. Biodiversity – of strategic value in a greening economy ...

► Organic Services, Colabora, Eco-World, Annette Diedrich, München, Tel. +49(0)89 / 820759-07, Fax -19, E-Mail: info@suscon.net, www.suscon.net

16.06., Berlin (D)

Grüne Beschaffung. Fachkonferenz

► Deutsche Industrie- und Handelskammer, Ludmilla Kascheike, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2030852705, E-Mail: kascheike.ludmilla@dihk.de, www.dihk.de

18.06., Zürich (CH)

Die Zukunft des Stadtraums: erneuerbare Energien und CO₂-freier Verkehr

► Sanu, VFC, SES/VCS; Tanja Pete, Sanu, Biel, Tel. +41 (0)32 / 3221433, E-Mail: tpete@sanu.ch, www.sanu.ch

19.06., Berlin (D)

Landwirtschaft in China: Grüne Hoffnung oder Gentech-Alptraum?

► Asienstiftung, Rosalyn Hoppe, Essen, Tel. +49 (0)201 / 83038-23, Fax -30, E-Mail: rosalyn.hoppe@asienhaus.de, www.asienhaus.de

21.–23.06., Luccum bei Hannover (D)

Wem gehört das Schwein? Patente auf Lebewesen

► Evangelische Akademie Luccum, Monika Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81108, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

22.06.–22.08., FIN/RU/LV/PL/D/DK/SE

Baltic Sea Info Tour 2010

► Nuclear Heritage Network, Tel. +358 (0)41 / 7243254, E-Mail: contact@nuclear-heritage.net, http://baltic-tour.nuclear-heritage.net

25.06., Neumarkt in der Oberpfalz (D)

Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz

► Stadt Neumarkt, Ralf Mützel, Tel. +49 (0)9181 / 51-2266, E-Mail: ralf.muettel@neumarkt.de, www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de

25.06.–31.08., York (GB) – Erkelenz/NRW (D)

Ecotopia Biketour 2010. Aktionstour

► EYFA, Amsterdam, Tel. +31 (0)20 / 6-657743, Fax -928757, E-Mail: info@ecotopiabiketour.net, www.ecotopiabiketour.net

28.06.–01.07., York (GB)

Towards Carfree Cities IX. Konferenz

► World Carfree Network/Carfree UK, E-Mail: york@worldcarfree.net, www.worldcarfree.net/conference

28.06.–02.07., Würzburg (D)

Ökonomie und Ökologie. Lebensquelle Wasser

► Akademie Frankenwarte Würzburg/Gesellschaft für Politische Bildung, Carmen Schmitt, Tel. +49 (0)931 / 8046-4340, Fax -444, E-Mail: carmen.schmitt@frankenwarte.de, www.frankenwarte.de

JULI

06.–07.07., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Spiegel der Religionen

► Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Beate- und Hubert-Weinzierl-Stiftung, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

08.–09.07., Wiesbaden (D)

Dezentrale Energiesysteme und Energieeffizientes Bauen und Sanieren. Fachmesse und Kongress

► REECO GmbH, Tel. +49 (0)7121 / 3016-0, E-Mail: redaktion@energie-server.de, www.denex.info

08.–10.07., München (D)

Green Cultures. Environmental Knowledge, Climate, and Catastrophe

► Bayerische Amerika-Akademie, München, Tel. +49 (0)89 / 545040-30, Fax -35, E-Mail: info@amerika-akademie.de, www.amerika-akademie.de

17.–25.07., Wesergebiet

Sternradtour 2010. Bewegung für lebendige Flüsse

► Lebendige Weser e.V., Höxter, Tel. +49 (0)5271 / 490722, E-Mail: info@lebendige-weser.de, www.sternradtour.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Impressum

umwelt aktuell Juni 2010

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und International, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Zoé Thio [zt], Annkathrin Tempel [at], Christine Dubiel [cd], Klemens Gieles [kg]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. **Druck auf 100 % Altpapier**
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de
Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

